

GRÜNE

„Wir müssen legale Wege öffnen“

VON KATJA TICHOMIROWA

Gute Ansätze aber wenig Mut zu grundsätzlichen Reformen findet die flüchtlingspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Luise Amtsberg, im Papier der EU-Kommission zur europäischen Flüchtlingspolitik. Die Kommission versuche eine Antwort darauf zu finden, wie man dem Sterben im Mittelmeer begegnen kann, sagte Amtsberg der Berliner Zeitung. Die Quotenregelung weise in die richtige Richtung, die Aufnahme von 20000 Flüchtlingen aber werde nicht ausreichen, die Aufnahmestaaten Italien, Griechenland und Malta dauerhaft zu entlasten. Es gehe vielmehr darum, die europäischen Asylpolitik grundlegend neu zu gestalten: „Wir müssen Wege finden, die Menschen davon abhalten auf kaputte Boote zu steigen und ihr Leben zu riskieren.“

Amtsberg kritisierte zudem die mangelnde Aufnahmebereitschaft der Bundesregierung. „Sie vergleicht ihre Bereitschaft mit der in den europäischen Nachbarländern und kommt dabei gut weg. Verglichen mit den Nachbarländern Syriens, dem Libanon, Jordanien und der Türkei nimmt Deutschland dagegen nur einen Bruchteil der Flüchtlinge auf. Allein die Bevölkerung des Libanon sei durch den Flüchtlingszustrom aus Syrien um ein Viertel angewachsen.“

Amtsberg begrüßte dagegen den Sinneswandel der Bundesregierung in der Frage einer Quotenregelung. Deutschland habe lange Zeit auf der Seite der Gegner einer solchen Regelung gestanden und auf der Beibehaltung des Dublin-Systems bestanden. „Wenn

Deutschland jetzt Bereitschaft zeigt, eine Quotenlösung mitzutragen, erwarte ich allerdings von der Bundesregierung, dass sie auf bilateralem Weg auf die verbliebenen Gegner wie Großbritannien einwirkt“, sagte Amtsberg.

Das Festhalten an Dublin zeige, dass die Kommission lediglich versuche, dem bestehenden System ein humaneres Äußeres zu geben. Die Anlaufstellen blieben aber die alten. „Wo die Flüchtlinge ankommen, müssen sie auch ihren Asylantrag stellen. Man versucht, Länder zu entlasten, will daraus aber keinen verbindlichen neuen Mechanismus machen“, so die Grünen-Politikerin. „Es ist schade, dass die Kommission hier nicht weiter gegangen ist.“ Die mangelnde europäische Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, setze ihr allerdings auch enge Grenzen. Die Kriterien für die Quoten begrüßte die Grüne dagegen. „Die Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße einzurechnen, ist gut. Das haben wir immer gefordert.“ Was dagegen fehle, sind die Interessen der Flüchtlinge selbst und Möglichkeiten der legalen Zuwanderung, wie die der Familienzusammenführung.

Zudem stimme die Gewichtung von Grenz- und Flüchtlingsschutz nicht. Auf die Grenzüberwachung verwende Europa die größten Kapazitäten. Das habe aber nichts daran geändert, dass weiter versucht werde, die Grenzen zu überwinden. „Die Frage aber müsste lauten, wie können wir sicherstellen, dass Flüchtlinge auf legalem Weg nach Europa gelangen, ohne dass sie ihr Leben aufs Spiel setzen müssen“, sagte Amtsberg.